

Weiterhin hat Reg.Präsident Dr. Reichard den damaligen Ministerpräsidenten ^{Dr. Schäffer} ~~Wächter~~ in mündlicher Aussprache für seine Pläne bezüglich der Institute gewonnen. Er beabsichtigte nämlich, das Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde dauernd an Franken zu fesseln und zwar durch die Selbsthaftmachung in Erlangen, wo es der dortigen Universität und darüber hinaus dem gesamten wissenschaftlichen Leben Frankens zweifellos einen bedeutenden Aufschwung geben würde. (Für das Deutsche Historische Institut in Rom kommt allerdings nur eine spätere Rückkehr nach Italien in Frage!) Der Präsident der Institute, Prof. Th. Mayer, erklärte sich mit dem Plane einverstanden. Mit der Universität und Stadt Erlangen plante der Reg.Präs. Unterhandlungen für den 14.10.d.Js.

Um den Anspruch Frankens von vornherein wirksam zu begründen, beabsichtigte der Reg.Präs., die vom Landrat in Höchstädt bis zum 30. Sept. 45 vorgeschossenen Summen aus den Mitteln der ^{Ober-}Frankenstiftung zurückzuerstatten und die künftig bis zur Überführung nach Erlangen noch fällig werdenden Zahlungen auch weiterhin aus der ^{Ober-}Frankenstiftung über den Landrat in Höchstädt zur Auszahlung zu bringen. Nach der endgültigen Überführung nach Erlangen sollte der Etat dann auf den Bezirksverband Ober- und Mittelfranken übernommen werden. Mittel seien an beiden Stellen reichlich vorhanden. Da diese Verhandlungen in München durchweg mündlich geführt wurden, wurde Reg.Präs. Dr. Reichard veranlaßt, nach seinem Ausscheiden aus dem Amte am 8. Oktober eine nachträgliche Aufzeichnung darüber an den damaligen Vizepräsidenten Bernreuther zu geben; vgl. Anlage IV.

Inzwischen ist auch Vizepräs. Bernreuther entlassen und der Präsident des Reichsinstituts, Prof. Th. Mayer am 7. Sept. von der Amerikanischen Militärregierung in Haft genommen worden, (mit seiner Vertretung wurde Dr. Otto Meyer beauftragt); vgl. Anlage V.

Ich bringe in Vorschlag:

- 1) Da sämtliche Teilnehmer an den mündlichen Besprechungen in München seitdem ausgeschieden sind, werden die Verhandlungen mit der jetzigen Regierung zwecks Übernahme der Institute in bayerische Verwaltung nochmals und unverzüglich aufgenommen.
- 2) Die ^{Ober-}Franken^{stiftung}hilfe wird ermächtigt, die vom Landrat in Höchstädt bisher vorgeschossenen Summen zurückzuerstatten und ab 1.X.d.Js.